

Datum [wird automatisch eingefügt]  
Bearbeiter: -undefiniert- -undefiniert-  
Gesch-Z.: 105-T13-  
3841/1134+12#111379/2025  
Hausanschluss:  
Fax:

LfU / T 13

**Bezug:** Antrag der VERBIO Pinnow GmbH auf Genehmigung der Erweiterung der Düngemittel- und Biomethananlage um eine Nassvermahlungsanlage gemäß § 4 des BImSchG am Standort Pinnow  
Reg.-Nr. G04524

**Nebenbestimmungen zu den Anforderungen an die Überwachung von Boden und Grundwasser nach § 21 Abs. 2a Nr. 3c) und nach § 21 Abs. 2a S. 2 der 9. BImSchV im Genehmigungsbescheid**

Allgemein:

1. Die Inbetriebnahme der durch diesen Bescheid genehmigten Anlage ist 14 Tage vorher dem Landesamt für Umwelt, Abt W 1, Referat W 15 (LfU, W 15) schriftlich anzuzeigen.

Überwachung des Bodens und des Grundwassers:

1. Erstmals 10 Jahre nach Inbetriebnahme der durch diesen Bescheid genehmigten Düngemittel- und Biomethananlage und danach wiederkehrend alle 10 Jahre bis zur deren endgültigen Betriebseinstellung sind in den Anlagen, in denen mit relevanten gefährlichen Stoffe umgegangen wird, Prüfungen des Zustands und der Funktionalität der Sicherheitseinrichtungen hinsichtlich der Möglichkeit des Austrittes der relevanten gefährlichen Stoffe durch einem anerkannten Sachverständigen nach § 2 Abs. 33 der AwSV vornehmen zu lassen. Relevante gefährliche Stoffe nach § 3 Abs. 10 des BImSchG sind all jene Stoffe, die in der Relevanzprüfung im durch das LfU, W 15 bestätigten Überwachungskonzept als solche eingestuft wurden (siehe Tabelle 1).

Die Ergebnisse aus den wiederkehrenden Anlagenprüfungen sind dem LfU, W 15 spätestens vier Wochen nach jeder Prüfung in Berichtsform vorzulegen. Bei der Erstellung der Prüfberichte sind die Anforderungen nach § 47 Abs. 3 der AwSV zu beachten.

Tabelle 1: Relevante gefährliche Stoffe und deren Handhabungsorte

lfd. Nr.	relevanter gefährlicher Stoff	Anlage (Betriebseinheit)
1	Dieselmkraftstoff	Dieseltankstelle (BE 700)
2	Industrial Gear Power 220	Schmierstofflager (BE 700)
3	Oase Green	Gefahrstoffcontainer / IBC-Wanne mit Dach (BE 140)
4	Finealga DB / Finealga ME	Wasseraufbereitungscontainer (BE 180)
5	Schwefelsäure 50%	Wasseraufbereitungscontainer (BE 180)
6	Schwefelsäure 50%	Gefahrstoffschrank (BE 180)
7	Polydosil 60 SCAV	Wasseraufbereitungscontainer (BE 180)
8	Polydosil AK	Gebäude G2 (BE 140)

2. Bei einem unvorhergesehenen Eintrag (Havarie) von den unter 1. angegebenen relevanten gefährlichen Stoffen in den Boden der unter 1. genannten Anlagen ist das LfU, W 15 unverzüglich zu informieren.

3. Nicht genehmigungsbedürftige Änderungen beim Umgang der unter 1. angegebenen überwachungspflichtigen relevanten gefährlichen Stoffe im Laufe des Anlagenbetriebs, die dazu führen, dass durch eine Reduzierung der Lager- bzw. Verbrauchsmenge diese keine relevanten gefährlichen Stoffe mehr sind oder ihre Verwendung gänzlich entfällt bzw. in den unter 1. genannten Anlagen nicht mehr erfolgt oder sie durch andere Stoffe ersetzt werden, sind dem LfU, W 15 mitzuteilen (siehe auch Hinweise).

#### Begründung zu den Nebenbestimmungen:

Nach § 21 Abs. 2a Nr. 3c) der 9. BImSchV ist der Boden und das Grundwasser hinsichtlich der in der Anlage verwendeten, erzeugten oder freigesetzten relevanten gefährlichen Stoffe zu überwachen, wenn die Verwendung, Erzeugung und Freisetzung von relevanten gefährlichen Stoffen Gegenstand des Genehmigungsverfahrens sind. Die Genehmigungsauflagen nach § 21 Abs. 2a Nr. 3c) der 9. BImSchV konkretisieren die betreibereigenen Überwachungspflichten zur Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 des BImSchG. Die Regelungen zur wiederkehrenden Überwachung stellen somit zusätzliche Anforderungen an die Selbstüberwachungspflichten der Betreiber von Anlagen nach der IE-Richtlinie dar und sind vorsorgeorientiert. Auch wenn § 12 Abs. 1 S. 1 des BImSchG als Rechtsgrundlage für die vorliegenden Nebenbestimmungen ein Ermessen der Genehmigungsbehörde vorsieht, ist im Hinblick auf die Anforderungen der IE-Richtlinie an die Überwachung von Anlagen im Anwendungsbereich der IE-Richtlinie bei europarechtskonformer Auslegung davon auszugehen, dass Nebenbestimmungen mit den Inhalten des § 21 Abs. 2a Nr. 3c) der 9. BImSchV grundsätzlich zwingend in die Genehmigung aufzunehmen sind. Rein vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass die Nebenbestimmungen zu den Anforderungen an die Überwachung hier auch verhältnismäßig sind. Die Zielsetzung der wiederkehrenden medienbezogenen Überwachung besteht darin, festzustellen, inwieweit durch den Anlagenbetrieb eine (nachteilige) Veränderung des Zustands von Boden und Grundwasser durch die relevanten gefährlichen Stoffe eingetreten ist. Nach § 21 Abs. 2a S. 2 der 9. BImSchV ist die Überwachung der relevanten gefährlichen Stoffe mindestens alle 5 Jahren im Grundwasser und mindestens alle 10 Jahre im Boden durchzuführen, es sei denn, dass aufgrund einer systematischen Beurteilung des Verschmutzungsrisikos diese Zeiträume verlängert werden können.

Die Anforderungen an die wiederkehrende Überwachung von Boden und Grundwasser hinsichtlich der in der Anlage gehandhabten relevanten gefährlichen Stoffe bestehen unabhängig vom Erfordernis der Erstellung bzw. der Ergänzung eines AZB gemäß § 10 Abs. 1a des BImSchG. Maßgebend für die Überwachung von Boden und Grundwasser gemäß § 21 Abs. 2a Nr. 3c) der 9. BImSchV ist allein das Vorhandensein von relevanten gefährlichen Stoffen und nicht das Erfordernis auf Feststellung deren Ausgangszustands. Auch beim Vorliegen von Anlagen mit Sicherheitseinrichtungen, die den Anforderungen der AwSV entsprechen und zusätzlichen betrieblichen und organisatorischen Maßnahmen, die eine Verunreinigung von Boden und Grundwasser durch den Umgang mit Stoffen verhindern sollen, ist eine wiederkehrende Überwachung von Boden und Grundwasser hinsichtlich der in der Anlage gehandhabten relevanten gefährlichen Stoffe geboten. Hierfür sind die durchzuführenden Bodenuntersuchungen (alternativ Anlagenprüfungen) und Grundwasseruntersuchungen als erforderlich, geeignet und verhältnismäßig anzusehen.

Die Düngemittel- und Biomethananlage der VERBIO Pinnow GmbH am Standort Pinnow ist eine Anlage nach der IE-Richtlinie, in der mit der Erweiterung der Anlage um eine Nassvermahlungsanlage gemäß § 4 des BImSchG erstmals relevante gefährliche Stoffe verwendet werden sollen, die im Rahmen der Prüfung auf die Erforderlichkeit der Erstellung eines Ausgangszustandsberichts ermittelt wurden (siehe Bericht zur Prüfung auf die Erforderlichkeit einer AZB-Erstellung vom 29.01.2025). Gemäß Punkt 4 des Erlasses (Teil B. zur Festlegung von Anforderungen an die Überwachung von Boden und Grundwasser hinsichtlich der in Anlagen verwendeten, erzeugten oder freigesetzten relevanten gefährlichen Stoffe, einschließlich der Zeiträume, in denen die Überwachung stattzufinden hat) des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MLUL) vom 06.04.2017 wurde zur Festlegung der Nebenbestimmungen zu den Anforderungen an die Überwachung ein Überwachungskonzept mit Datum vom 06.03.2025 vorgelegt. In diesem durch das LfU, W 15 bestätigten Überwachungskonzept werden für die relevanten gefährlichen Stoffe die Maßnahmen zu deren Überwachung dargestellt.

Zur Überwachung des relevanten gefährlichen Stoffs im Boden erfolgt bei den Anlagen, in denen mit überwachungspflichtigen relevanten gefährlichen Stoffen umgegangen wird (siehe Tabelle 1), alternativ zu wiederkehrenden Bodenuntersuchungen, durch einen anerkannten Sachverständigen nach AwSV alle 10 Jahre eine Prüfung des Zustands und der Funktionalität der Sicherheitseinrichtungen hinsichtlich der Möglichkeit eines Austritts durch diese Stoffe. Wiederkehrende Untersuchungen durch direkte Messungen der Konzentrationen der relevanten gefährlichen Stoffe im Boden kommen hier nicht in Betracht, da durch Durchörterung der Flächen auf denen die relevanten gefährlichen Stoffe gehandhabt werden eine Zerstörung der Funktionsfähigkeit der Sicherheitseinrichtungen der Anlagen hinsichtlich des Schutzes vor Stoffeinträgen erfolgen würde. Die Prüfungen des Zustands und der Funktionalität der Sicherheitseinrichtungen sind bei den in der Tabelle 1 genannten Anlagen durchzuführen, auch wenn diese nach der Gefährdungsstufe A gemäß § 39 Abs. 1 der AwSV nicht überwachungspflichtig i. S. d. § 46 Abs. 2 der AwSV sind.

Das Grundwasser ist dagegen aufgrund der hydrogeologischen Gegebenheiten (mächtige anstehende bindige und damit hydraulisch geringdurchlässige Bodenschichten, die einen vertikalen Stofftransport ins Grundwasser unterbinden) nicht zu untersuchen.

Auf Grundlage des Überwachungskonzepts vom 06.03.2025 wurden für die wiederkehrende Überwachung des Bodens die o. g. Nebenbestimmungen Nr. 1 bis 3 festgelegt.

#### Hinweise

Wurden auf der Grundlage der Nebenbestimmung 3 Änderungen dem LfU, W 15 mitgeteilt, wird seitens des LfU, W 15 geprüft, inwieweit dadurch die Pflicht zur Überwachung der entsprechenden relevanten gefährlichen Stoffe aufgehoben werden kann und ab welchem Zeitpunkt die Überwachung nicht mehr durchzuführen ist.

Gleichzeitig sind Änderungen beim Umgang mit dem relevanten gefährlichen Stoff nach § 15 Abs. 1 des BImSchG dem LfU, T 22 anzuzeigen.

i. A.

Thomas Heise

Dieses Dokument wurde am [wird automatisch eingefügt] elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.
--